

Antrag Nr. 21-F-55-0042

Die Linke

Betreff:

Verbot von Strom- und Gassperren bei der ESWE Versorgung
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.10.2021 -

Antragstext:

Die unverantwortliche Politik der forcierten Privatisierung des Energiesektors und der Übertragung der Kosten der Energiewende auf die Endkund*innen, haben in den letzten Jahren zu einer ausufernden Steigerung der Energiekosten und einer zunehmenden Zahl an Strom- und Gassperren geführt. Die hiermit einhergehende Einstellung der Grundversorgung mit Energie, stellt für die Betroffenen einen tiefgreifenden Einschnitt in ihre Lebensführung und eine Gefährdung der Gesundheit dar, die sich in den Wintermonaten nochmals verstärkt.

Hierbei ist zu beachten, dass insbesondere Menschen mit geringem Einkommen von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise betroffen sind und sich viele der bestehenden Zahlungsrückstände direkt auf diese zurückführen lassen.

Ein reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland und eine Kommune wie die Landeshauptstadt Wiesbaden, sollten nicht zulassen, dass Menschen den mit einer Energiesperre verbundenen, schwerwiegenden Folgen ausgesetzt werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Gesellschafterbeschluss zu fassen, bzw. herbeizuführen, der darauf hin wirkt, dass die ESWE Versorgung generell keine Strom- und Gassperren in Wohngebäuden durchführt.

Wiesbaden, 27.10.2021

gez. Ingo von Seemen

Fraktionsvorsitzender

i.A. Uwe von Massenbach

Fraktionsreferent